

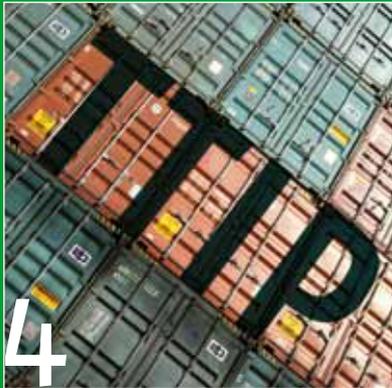
profil:GRÜN

**NUR FAIRER HANDEL
IST FREIER HANDEL!**

JULI 2014


**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION

www.gruene-bundestag.de



PROFIL:GRÜN IM JULI 2014



- 4 NUR FAIRER HANDEL IST FREIER HANDEL**
Vor etwa einem Jahr haben sich die USA und die EU auf den Weg zu einem transatlantischen Freihandelsabkommen gemacht, doch führt der Weg in die falsche Richtung, erklärt *Katharina Dröge*.
- 10 GRÜN UND GRÜNER**
- 12 DAS KANNST DU LAUT SAGEN!**
Unser Sommerinterview mit den beiden Fraktionsvorsitzenden
- 18 PARLAMENT:GRÜN**
Unsere parlamentarische Arbeit aus den Arbeitskreisen
- 22 PORTRÄT**
Mutlu heißt glücklich!
von *Susanne Sporer*

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de,
V.i.S.d.P.: Herta Parchent, **Redaktion:** Gisela Hüber, Ute Köhler, Sibylle Kraut-Eppich, **Gestaltung:** Stefan Kaminski, Jakina Wesselmann, **Titel-**
bild: Corbis, **Druck:** Dierichs Druck+Media Kassel, **Auflage:** 75.000, erscheint auch als Anzeige im „schrägstrich“, **Redaktionsschluss:** 27.06.2014,
Papier: 90 g Revive Pure, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr, das Abo kostet 7,50 Euro.

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Deutschland ist ein Land mit vielen Möglichkeiten. Deutschland hat engagierte, solidarische Bürgerinnen und Bürger. Seine Unternehmen sind innovativ und in der ganzen Welt erfolgreich. Eine kreative Wissenschaft arbeitet an zukunftsweisenden Lösungen. Wir könnten erheblich zur Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit beitragen: zum Stopp der Klimakatastrophe, zu einer gerechteren Welt.

Doch die Große Koalition regiert unser Land weit unter Niveau. Ob Rentenpaket, EEG-Reform oder Bildungspaket – hinter plakativen Überschriften verbergen sich mikroskopisch kleine Schritte, wo große Sprünge nötig wären. Einen Zukunftsentwurf sucht man vergebens. Wir als Opposition setzen diesem unambitionierten Klein-Klein mutige Alternativen entgegen. Es gilt, die Potenziale unseres Landes zu nutzen. Wir Grüne im Bundestag stehen für einen ernsthaften ökologischen Umbau. Wir wollen den Weg in eine Bildungsrepublik bereiten, die diesen Namen verdient. Und wir tolerieren keine Armut, weder bei den Kleinsten noch bei den Alten.

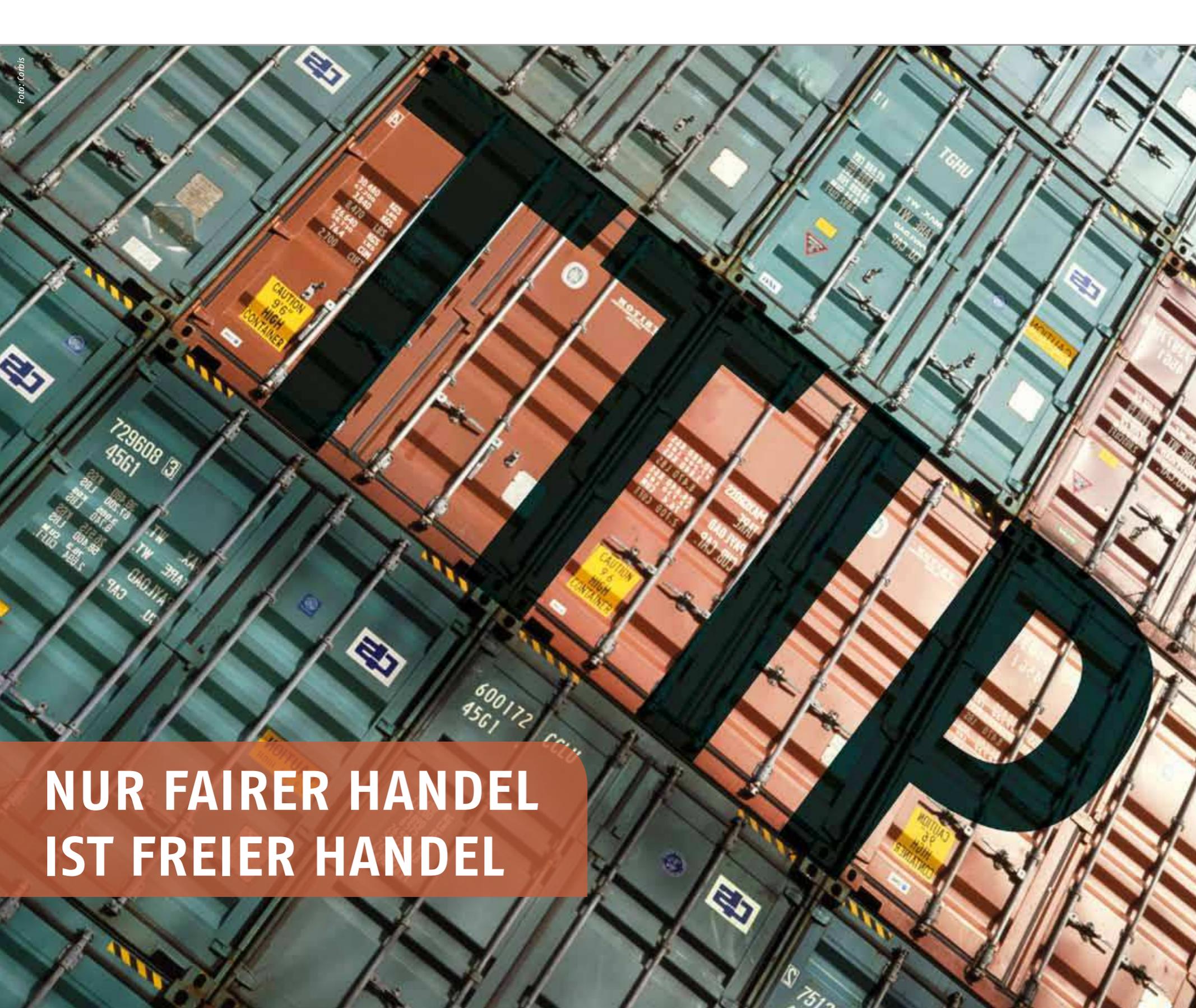
Auch mehr internationale Verantwortung zu übernehmen, wie Bundespräsident Gauck es von Deutschland eingefordert hat, würde uns gut anstehen. Zurzeit halten Krisen in naher und mittlerer Nachbarschaft – in der Ukraine und im Irak – die ganze Welt in Atem. Doch beide Konflikte entziehen sich einfachen Antworten. Sie zeigen, wie falsch es wäre, Gaucks Einwurf auf die Frage von Militäreinsätzen zu reduzieren. Solche Einsätze können und dürfen nur das allerletzte Mittel sein.

Was die Vereinten Nationen zur Prävention und Krisenlösung brauchen, sind vor allem Fachkräfte – Richter, Polizisten, Justizberater. Aber nur 19 deutsche Polizisten sind weltweit im UN-Einsatz. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit liegt Deutschland weit unter dem Schnitt der reichen Industrieländer. Wir engagieren uns zwar bei der Flüchtlingshilfe in Syrien, 10.000 Menschen haben in Deutschland Zuflucht gefunden, doch von großer Verantwortungsbereitschaft zeugt das nicht. Das kleine Schweden nimmt in Relation zu seiner Bevölkerung etwa das Zehnfache an Flüchtlingen auf. Wir Grüne im Bundestag sehen Deutschland in der Pflicht, mit diplomatischen, zivilen und humanitären Mitteln stärker zur Lösung internationaler Krisen beizutragen. Unser Engagement richten wir darauf, die dafür erforderlichen Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen und zu stärken.

Herzlich,

DR. ANTON HOFREITER
Fraktionsvorsitzender





NUR FAIRER HANDEL IST FREIER HANDEL

Von Katharina Dröge

Klage-Privilegien für Konzerne, weniger Verbraucherschutz, mehr Einfluss für Lobbyisten – das Freihandelsabkommen TTIP steht schwer in der Kritik. Befürworter halten das für überzogen. Doch ein genauer Blick zeigt: Die Sorgen um europäische Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz sind sehr wohl berechtigt. Und wenn Konzerne und Lobbyisten das Sagen haben, bleibt die Demokratie auf der Strecke.

Vor etwa einem Jahr haben sich die USA und die EU auf den Weg zu einem transatlantischen Freihandelsabkommen gemacht. Die Vision war ein atlantischer Binnenmarkt, der Wirtschaftswachstum und steigende Beschäftigungszahlen auf beiden Seiten des Atlantiks bringen sollte. Die Rede war von einem kostenlosen Konjunkturprogramm und zudem einer Vertiefung der amerikanisch-europäischen Beziehungen. Nur Gewinner, keine Verlierer, das war das Bild, das die Befürworter zum Start von TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zeichneten.

Seitdem ist viel passiert. Zunehmend sehen sich die Unterhändler einer hartnäckigen Öffentlichkeit gegenüber. Sie übt scharfe Kritik an den Verhandlungen, die durchweg hinter verschlossenen Türen stattfinden. Bei TTIP, so ihre Warnung, könnte es sehr wohl viele Verlierer geben. Die Gefahren, die das Abkommen birgt, könnten mögliche Chancen deutlich übersteigen, etwa indem europäische Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz einer „Harmonisierung“ zum Opfer fallen und dem Einfluss der Konzerne ganz neue Wege eröffnet werden.

Wir Grüne im Bundestag haben schon sehr früh Einwände gegen Mandat, Verhandlungsführung und Inhalte von TTIP erhoben. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, der Schutz und Ausbau von Verbraucherschutz, Sozial-, Umwelt-, Lebensmittel- und Gesundheitsstandards sind für uns nicht verhandelbar. Bereits im Juni 2013 haben wir in einem Bundestagsantrag rote Linien definiert, die bei den kommenden TTIP-Verhandlungen nicht überschritten werden dürfen.

Ein Jahr später müssen wir jedoch ernüchtert Bilanz ziehen, denn die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und den USA gehen in eine völlig andere Richtung.

WAS IST ZU BEFÜRCHTEN?

Bei TTIP geht es um weit mehr als nur darum, den Handel durch den Abbau von Zöllen zu erleichtern. Geplant ist darüber hinaus eine Reihe von Vorhaben zum Abbau sogenannter nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Hier geht es um technische Normsetzung, aber auch um gesetzliche Regulierungsvorschriften. Die Vereinheitlichung von Steckdosen ist dabei ein harmloses, wenn auch sinnvolles Beispiel. Entscheidend ist aber, dass auch etablierte Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz unter die Räder kommen könnten. Insbesondere Instrumente wie Klageprivilegien für Unternehmen und die regulatorische Kooperation bergen erhebliche Risiken. Es ist zu befürchten, dass durch diese Instrumente in TTIP Großkonzerne und Lobbyisten erheblich an Einfluss gewinnen – zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger in Europa, aber auch in den USA. Mehr noch: Die Stellung demokratisch gewählter Parlamente könnte zugunsten von Interessenverbänden untergraben werden. Da TTIP als „Living Agreement“ angelegt ist, als dynamisches Vertragswerk, kann es auch in Zukunft noch weitreichende Auswirkungen haben. Erhöhte Aufmerksamkeit ist deshalb schon jetzt geboten.

ÖFFENTLICHE KRITIK ZEIGT ERSTE ERFOLGE

Das enorme öffentliche Interesse scheint die TTIP-Unterhändler allerdings überrascht zu haben. Andere Freihandelsabkommen, etwa das kanadisch-europäische Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) oder das Freihandelsabkommen mit Japan (FHA Japan), wurden bislang nur unter Expertinnen

und Experten diskutiert. Doch mit TTIP ist die Debatte um die Ausgestaltung von Freihandelsabkommen auch in Schulen, in Fußgängerzonen und damit bei vielen Menschen angekommen.

Die öffentliche Kritik hat erste Erfolge bewirkt. So sah sich die EU-Kommission gezwungen, zu den Verhandlungen zum Investitionsschutzkapitel, einem besonders heftig umstrittenen Bestandteil des geplanten Abkommens, eine öffentliche Befragung der Bürgerinnen und Bürger Europas auszurufen. Zwar haben wir Grüne im Bundestag berechtigte Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieses Vorhabens, doch man kann diese öffentliche Beteiligung durchaus als Maßstab sehen, an dem sich die Kommission auch bei anderen Kapiteln von TTIP messen lassen müssen.

Reagiert hat auch die Bundesregierung. Wirtschaftsminister Gabriel hat kurz vor der Europawahl versucht, die politische Notbremse bei TTIP zu ziehen. Um kritische Stimmen zum Investitionsschutzkapitel zu besänftigen, schrieb er Handelskommissar De Gucht, dass „spezielle Investitionsschutzbestimmungen“ in einem Handelsabkommen zwischen der EU und den USA nicht erforderlich seien. Bislang hat sich Gabriel allerdings auf öffentliche Bekenntnisse beschränkt: Als wir Grüne im Bundestag exakt die Formulierungen des Wirtschaftsministers am 22. Mai im Parlament zur Abstimmung bringen wollten, duckten sich Gabriel und die SPD weg und verhinderten eine Abstimmung. Auch einem zweiten grünen Antrag, der betonte, dass es in TTIP zu keinem „Demokratie-Outsourcing“, also einem privilegierten Zugang von Lobbyisten zu den Beratungen über Regulierungsvorhaben kommen dürfe, verweigerten SPD und Union die Zustimmung. Es kommt also weiterhin darauf an, laut und deutlich Kritik zu äußern und die Öffentlichkeit zu informieren.

VERHANDLUNGEN HINTER VERSCHLOSSENEN TÜREN

Unsere Kritik an TTIP zielt sowohl auf die mangelnde Transparenz der Verhandlungen als auch auf zentrale Inhalte des Abkommens. Im Mittelpunkt stehen vor allem die Pläne zum Investitionsschutz sowie zur regulatorischen Kooperation und Standardangleichung. Aus grüner Sicht ist es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass die Parlamente und die Zivilgesellschaft zeitnah und unaufgefordert über Ziele, Inhalte und konkrete Umsetzung solcher wichtiger Verhandlungen informiert werden. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die Verhandlungen zu TTIP finden nahezu ausschließlich hinter verschlossenen Türen statt. Weder die Öffentlichkeit noch das Europaparlament oder die nationalen Parlamente verfügen über ausreichend Informationen, um die Verhandlungen wirklich bewerten zu können. Und auch die Bundesregierung musste in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der grünen Fraktion eingestehen, dass sie beispielsweise die US-Verhandlungsdokumente nicht kennt.

PROFITE EINKLAGEN LEICHT GEMACHT

Ein weiterer Hauptkritikpunkt ist das geplante Kapitel zum Investitionsschutz beziehungsweise den Regelungen zu Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen ISDS (Investor-state dispute settlements). Dahinter verbergen sich Sonder-Klagewege für Unternehmen vor nichtstaatlichen, überwiegend geheim tagenden, internationalen Schiedsgerichten. Wir Grüne im Bundestag lehnen ein solches Instrument in TTIP genauso wie in CETA ab. Ursprünglich sollten diese Regeln Unternehmen in Staa-

ten mit nicht ausreichend entwickelten Rechtssystemen vor Enteignung schützen. Die EU und die USA sind jedoch robuste Rechtsstaaten, auf beiden Seiten des Atlantiks können Firmen ihre Rechte vor staatlichen Gerichten einklagen. Ein solches Instrument ist nicht nur unnötig, es birgt auch große Risiken.

In den letzten Jahren nutzten Konzerne zunehmend bestehende Investitionsschutzverträge für ihre Interessen. Sie griffen staatliche Regelungen zum Umwelt- oder Gesundheitsschutz an, wenn sie ihre Profite dadurch eingeschränkt sahen, und stellten Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe. Die Lasten tragen die Bürgerinnen und Bürger. Zum einen weil die Steuerzahler für die Schadensersatzforderungen von Großkonzernen aufkommen müssen, zum anderen weil sinnvolle Regulierungsvorhaben, etwa zum Schutz von Sozialstandards, unter die Räder kommen können. Problematisch daran ist auch das mögliche Droh- und Druckpotenzial, das dieser Mechanismus grundsätzlich gegenüber staatlichen Regulierungsmaßnahmen entfalten kann. Unter Umständen kommt es zu einem „Chilling Effect“: Angesichts der Gefahr möglicher Klagen verzichten Staaten lieber gleich auf Regulierungsvorhaben oder zögern sie zumindest hinaus.

Vor allem weit interpretierbare Rechtsbegriffe haben Konzerne dabei als Grund für Klagen genutzt. Auf dieser Grundlage hat Philip Morris beispielsweise Uruguay auf Zahlung von zwei Milliarden Dollar Schadensersatz verklagt, wegen Vorschriften für Zigarettenpackungen, die dem Schutz der Gesundheit dienen sollen. Das Beispiel zeigt: Internationale Konzerne nutzen ihre Klage-Privilegien ganz gezielt, um ihre Gewinne zu maximieren. Das ist nicht hinnehmbar. Es ist zu befürchten, dass auch in TTIP die Klagebefugnisse nicht so konkretisiert werden,

„TTIP braucht einen Neustart, eine ökologische und soziale Positivagenda! Handelshemmnisse abzubauen darf nicht heißen, dass Standards geschliffen werden. Deshalb fordern wir transparente Verhandlungen, Beteiligung der Zivilgesellschaft und keine Sonderrechte für die Wirtschaft! Nur so kann das Abkommen zwischen den großen Wirtschaftsräumen EU und USA zukunftsweisende Leitplanken für die Globalisierung schaffen.“

„Internationale Handelsabkommen dürfen nicht unsere Demokratie aushebeln. Genau diese Gefahr besteht jedoch bei TTIP. Denn Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren und regulatorische Kooperation sollen nationale Rechtssysteme unterlaufen und entwerten so demokratisch getroffene Entscheidungen. Deshalb fordern wir Grüne im Bundestag den Stopp dieser TTIP-Verhandlungen.“

„Wer den Rechtsstaat stärken will, darf ihn nicht zur Disposition stellen. Für internationale Konzerne müssen die gleichen Regeln gelten wie für alle anderen auch. Demokratisch legitimierte Gesetze dürfen nicht durch Schiedsverfahren umgangen werden. Ein Freihandelsabkommen, das solche Selbstverständlichkeiten in Frage stellt, lehnen wir ab. Unser Rechtsstaat ist nicht verhandelbar.“

„Ein transatlantisches Freihandelsabkommen, das Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU und den USA stärkt – das wäre etwas. Leider droht den Menschen aber das Gegenteil. Ich sehe das bewährte europäische Vorsorgeprinzip in Gefahr. Transparenz, Gentechnikfreiheit und Lebensmittelsicherheit dürfen nicht zu Handelshemmnissen erklärt werden.“



KERSTIN ANDREA E MDB
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Polit. Koordinatorin AK1



DR. FRITHJOF SCHMIDT MDB
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Polit. Koordinator AK4



KATJA KEUL MDB
Sprecherin für Rechtspolitik



RENATE KÜNAST MDB
Vorsitzende des Ausschusses für Recht
und Verbraucherschutz



Foto: St. Kaminski

„Die Kommunen müssen weiterhin selbst bestimmen können, ob sie Aufgaben der Daseinsvorsorge selbst ausführen oder durch Private erledigen lassen wollen. Wir haben im letzten Jahr gemeinsam mit der Bürgerinitiative „right-zwater“ die Liberalisierung der kommunalen Wasserversorgung verhindert und weitere Ausnahmen für die Daseinsvorsorge im Vergaberecht erstritten. Diese Ausnahmen dürfen keinesfalls von der EU-Kommission durch Freihandelsabkommen wieder zur Disposition gestellt werden.“



BRITTA HASSELMANN MdB
Sprecherin für Kommunalpolitik

„Der Umweltschutz wird geschwächt, weil die Rechte der Konzerne über die der Parlamente und der Zivilgesellschaft gestellt werden. 50 Prozent der Konzernklagen richten sich gegen den Umweltschutz. Und auch von der Regulierungskooperation geht ein Druck zur Harmonisierung auf das schlechteste Schutzniveau aus. Die Regulierungsräte sind alleine dem freien Markt verpflichtet, keinem anderen Ziel. Das lehnen wir ab.“



BÄRBEL HÖHN MdB
Vorsitzende des Umweltausschusses

dass Schutz vor missbräuchlichen Konzernklagen geboten wird. Dieses Problem war Gegenstand eines Fachgesprächs der grünen Fraktion und eines von uns in Auftrag gegebenen unabhängigen Rechtsgutachtens. Die Bundesregierung hingegen konnte sich bislang, trotz wiederholter Nachfragen, zu keiner fachlichen Bewertung der Kommissionsvorschläge durchringen. Andere fundamentale Kritikpunkte, etwa dass Richter fallabhängig bezahlt werden oder dass Personen in einem Verfahren Anwalt, im nächsten Richter sein können, was die Neutralität der Verfahren gefährdet, sind in den Kommissionsvorschlägen nicht berücksichtigt.

EUROPÄISCHES VORSORGEPRINZIP IN GEFAHR?

Ein zweiter wichtiger inhaltlicher Kritikpunkt sind die bislang bekannten Pläne zur „regulatorischen Kooperation“. Grundsätzliches Ziel ist es, Kompatibilität beziehungsweise Harmonisierung zwischen den Standards der EU und der USA herbeizuführen. Wenn es etwa um die Vereinheitlichung von Steckern und Steckdosen geht, um auf das plastische Beispiel zurückzukommen, kann das sinnvoll sein. Kritisch ist dies bei Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung von Standards im Bereich des Umweltschutzes oder Verbraucherschutzes. Es muss verhindert werden, dass beide Seiten ihre jeweils niedrigeren Schutzstandards durchsetzen. So könnten Banken versuchen, mit Hilfe von TTIP die gerade erst verstärkten Regeln für Finanzmärkte in den USA wieder zu schwächen. Große Sorge besteht vor allem beim europäischen Vorsorgeprinzip. Danach kann einem Produkt oder einer Technologie die Zulassung in der EU verwehrt werden, wenn nicht eindeutig erwiesen ist, dass sie für Mensch und Umwelt unschädlich sind. Es ist zu befürchten, dass die US-Seite dieses Prinzip mit Hilfe von TTIP aushebeln will. So sagte ein Top-Lobbyist des US Council for International Business, TTIP mache nur dann Sinn, wenn man das Vorsorgeprinzip loswerden könne.

Die Pläne zur regulatorischen Kooperation könnten außerdem dazu führen, den Einfluss von Lobbyisten im Rahmen von Regulierungsvorhaben deutlich auszuweiten. Wie interne, aber an die Öffentlichkeit gelangte EU-Dokumente zeigen, könnten Regulierungsvorhaben künftig zuerst in sogenannten Regulierungsräten beraten werden. Darin sollen neben Regierungsvertretern auch „Stakeholder“ – das heißt Lobbyisten – großzügige Kommentierungsrechte bekommen, noch bevor Parlamente

die Entwürfe zu Gesicht bekommen.

Für uns Grüne im Bundestag ist klar: Bei der Vertiefung von Handelsbeziehungen sollten die Partner auch miteinander über Kooperation reden. Das Primat der Politik liegt aber in den Händen der demokratisch gewählten Parlamente, nicht in denen von Lobbyisten. Auch das haben wir in unserem Antrag vom 22. Mai 2014 mehr als deutlich unterstrichen.

SO NICHT – NICHT MIT UNS!

Es lässt sich bilanzieren, dass der politische Druck und der öffentliche Diskurs um TTIP Wirkung zeigen. Wir werden uns im weiteren Verhandlungsprozess dafür stark machen, dass TTIP in dieser Form nicht beschlossen wird. Wir unterstützen die Idee, die transatlantischen Handelsbeziehungen zu vertiefen. Doch dafür brauchen wir ein faires Abkommen, das Sozial, Umwelt-, Verbraucher-, Gesundheits- und Sozialstandards auf beiden Seiten des Atlantiks stärkt. Die Chancen von Entwicklungsländern müssen dabei berücksichtigt und gefördert werden. Das ist nach derzeitigem Stand nicht der Fall. Deshalb muss TTIP in der bislang verhandelten Form gestoppt werden. Ohne einen kompletten Neustart mit einem völlig neuen Verhandlungsmandat hat TTIP aus unserer Sicht keine Zukunft. Sowohl in Sachen TTIP als auch bei anderen Handelsabkommen und der Arbeit der WTO werden wir dafür streiten, dass freier Handel immer fairer Handel sein muss.



KATHARINA DRÖGE MdB
Sprecherin für
Wettbewerbspolitik

GRÜN UND GRÜNER



» SPENDENAKTION FÜR „CHAMPIONS OHNE GRENZEN“

„Weil Fußball verbindet“ heißt der Verein, den Carolin Gaffron 2012 ins Leben gerufen hat und der Flüchtlingen in Berlin die Möglichkeit zum gemeinsamen Fußballspiel eröffnet.

Die „Champions ohne Grenzen“ sind ein geschlechtergemischtes Fußballteam, das wöchentlich in Kreuzberg trainiert und regelmäßig gegen Freizeitmannschaften antritt. Das Projekt soll den Flüchtlingen eine Abwechslung zu ihrem oft tristen Alltag bieten und sie aus der gesellschaftlichen Isolation herausholen. „Champions ohne Grenzen“ ist ein großartiges Projekt, da es ein kleiner, aber wichtiger Schritt für die dringend erforderliche gesellschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen ist“, sagte Luise Amtsberg, Sprecherin für Flüchtlingspolitik, während ihres Besuchs.

Auf die großartige Initiative waren Fraktionskolleginnen und -kollegen während ihrer Vorbereitung zur grünen WM-Tipprunde aufmerksam geworden. Bereits zum dritten Mal wird diese fraktionsinterne Tipprunde organisiert, bei der stets die Hälfte der Einsätze für gemeinnützige Zwecke gespendet wird. Luise Amtsberg und Özcan Mutlu, Sprecher für Sportpolitik, konnten sich beim Besuch eines öffentlichen Trainings der „Champions ohne Grenzen“ selbst ein Bild vom einzigartigen Flüchtlingsprojekt machen und anschließend die Spende von 500 Euro feierlich überreichen.

Özcan Mutlu: „Ich freue mich sehr, dass unsere Fraktions-WM-Tipprundenspende an Champions ohne Grenzen geht. Die Engagierten des Projekts leisten tolle Arbeit und bieten jungen Flüchtlingen die Möglichkeit zum Fußballspielen. Integration durch Sport ist ein Erfolgsrezept.“



Foto: M. Ziggel

» DIGITALE BÜRGERRECHTE

Die Kehrseite hilfreicher Apps oder neuer Beteiligungsmöglichkeiten ist die Durchdringung unseres Alltags, stellte Konstantin von Notz eingangs der grünen Konferenz „Verbraucher macht in der digitalen Welt“ fest. Angesichts der zunehmenden technischen Möglichkeiten ist eine politische und gesellschaftliche Debatte zu digitalen Verbraucherrechten dringend geboten, betonte Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik. In Workshops diskutierten TeilnehmerInnen Themen wie Verbraucherdatenschutz, mobile Endgeräte, Share-Economy, Urheberrecht und Medienregulierung. Professor Dr. Sarah Spiekermann von der Universität in Wien verdeutlichte, dass die gigantischen zu erwartenden und noch nicht absehbaren Umbrüche in nahezu allen Gesellschaftsbereichen ein neues Verhältnis von Menschen und ihren Daten nötig machen. In der abschließenden Podiumsdiskussion hob die Vorsitzende des Ausschusses für Verbraucherschutz, Renate Künast, die Notwendigkeit einer systematischen Marktbeobachtung aus Verbrauchersicht hervor. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Notz bilanzierte die Konferenz: „Verbraucherschutz in der digitalen Welt ist Grundrechtsschutz und in manchen Bereichen bereits ein Endspiel um den Rechtsstaat.“

» VOR DIE BRÜCKE GEHÖRT EIN OFFENES TOR

Zur „Parlamentarischen Nacht“ hatte die Bundestagsfraktion beim diesjährigen 99. Deutschen Katholikentag in Regensburg geladen, um über ihre politische Arbeit zu informieren und die Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Amtskirchen und der kirchlichen Laienorganisationen über gemeinsame Kernthemen zu vertiefen. 220 geladene Gäste kamen am späten Abend des 28. Mai in den Salzstadel an der „Steinernen Brücke“. Der religionspolitische Sprecher, Volker Beck, begrüßte unter ihnen den Präsidenten des Zentralkomitees der Katholiken, Alois Glück, den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, sowie den Regensburger Ortsbischof Rudolf Voderholzer.

Dieser nahm in seinem Grußwort Bezug auf den emeritierten Papst Benedikt XVI., der am 22. September 2011 im Deutschen Bundestag die Grünen dafür gelobt hatte, dass sie frische Luft in die politische Landschaft gebracht hätten. Die Sensibilität für Natur und Mensch zeichne die Grünen aus, Grün sei die Farbe des Lebens.

Die Fraktionsvorsitzende Göring-Eckardt nahm diesen Hinweis gerne auf und dankte dem amtierenden Papst Franziskus für seine klaren Worte zur Flüchtlingssituation auf Lampedusa. Bezugnehmend auf das Motto des Katholikentages „Mit Christus Brücken bauen“ stellte Göring-Eckardt fest: „Es muss eine Heimat geben für alle. Vor die Brücke gehört ein offenes Tor!“



» WELCHEN WERT HAT DIE FREIHEIT?

Wir rücken den Wert der Freiheit wieder auf die politische Bühne, weil er neuen Herausforderungen begegnet. Wie wir leben, wo wir gerade sind oder gestern waren, was wir kaufen oder worüber wir sprechen, ist unsere Sache und nicht die von Geheimdiensten oder Konzernen. Die Welt wird zum virtuellen Dorf und die Politik sitzt stauend auf den Zuschauerrängen. Wir kämpfen dafür, dass sich das ändert.

Auch an die eigene Programmatik richten sich Fragen: Was bedeuten die sich zuspitzenden ökologischen Krisen für unser aller Freiheit? Ist eine ökologisch gerechte Welt mit mehr Selbstbestimmung zu machen? Oder wird andersrum ein Schuh draus: Gibt es Freiheit nur mit ökologischer Gerechtigkeit? Was kann Politik tun, damit mehr individuelle Spielräume und Flexibilität im Leben wirklich mehr Freiheit bedeuten und nicht vor allem Überforderung und Unsicherheit?

Katrin Göring-Eckardt, Toni Hofreiter und alle Abgeordneten freuen sich auf einen spannenden Kongress zum Thema Freiheit und Sie sind, Ihr seid herzlich dazu eingeladen.

Infos unter » gruene-bundestag.de/freiheitskongress

SOMMERINTERVIEW

DAS KANNST DU LAUT SAGEN!

Foto: St. Kaminski



Gut ein halbes Jahr Arbeit liegt hinter der grünen Bundestagsfraktion. Wie hat sie sich nach dem mauen Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl berappelt, wo setzt sie als Opposition grüne Schwerpunkte und welchen Kurs schlägt sie für die Zukunft ein? Darüber sprach profil:GRÜN mit den Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt und Toni Hofreiter.

Liebe Katrin Göring-Eckardt, lieber Toni Hofreiter, wie sieht denn euer Resümee für das erste Halbjahr 2014 aus?

Göring-Eckardt: Das ganze Land hing voll mit Merkel-Plakaten, die aber stand gar nicht zur Wahl. Man kann nicht Europapolitik machen, ohne über Europa zu reden und schon gar nicht ohne Leidenschaft für ein gemeinsames Europa. Die Wahlergebnisse der Rechten sind in fast allen EU-Staaten besorgniserregend.

Hofreiter: Mich freut dennoch, dass wir in Deutschland und in ganz Europa das Niveau der letzten Europawahl halten konnten. Angesichts der Herausforderungen, vor denen Europa steht – Klimaschutz, Überwindung der Krise, das Leiden der Flüchtlinge – ist es wichtig, dass die grüne Stimme nicht leiser wird.

Und im Bund?

Göring-Eckardt: Die Große Koalition spult ihre Vorhaben ab, wie in der Rente, beim Mindestlohn und dem EEG. Der Bundestag dient ihr als Abnickergremium, auf das man keine große Rücksicht nehmen muss. Damit wird aber schon bald Schluss sein, wenn der kleine Vorrat an gemeinsamen Vorhaben aufgebraucht ist. Dann bricht im Bundestag wieder die Zeit politischer Richtungskämpfe an. Beim Thema Rente haben wir bereits deutlich gemacht, wo unsere Hauptdifferenzen zur Regierungskoalition sind: Sie verteilt schon heute den Wohlstand von morgen an ihre Klientel, während wir für Generationengerechtigkeit stehen und für Armutsbekämpfung. Für Rente und für Klimaschutz gilt: Schwarz-Rot ist die Zukunft herzlich egal.

Hofreiter: Die Energiewende wird zur lahmen Schnecke runterverwaltet, mit Schleimspur bei Großindustrie und Energiekonzernen. Und dass uns der amerikanische Geheimdienst NSA uns in großem Stil ausspäht, dagegen unternehmen sie auch nichts. Stattdessen will der Bundesnachrichtendienst das in Zukunft genauso machen. Es ist beschämend, dass Edward Snowden weiterhin in Russland Zuflucht suchen muss – bei einem Autokraten und Aggressor wie Putin. Snowden hat uns einen großen Dienst erwiesen, ohne ihn wüssten wir gar nichts von der

flächendeckenden Überwachung. Für die Freiheit unserer Bürger und die Zukunft des Landes war das kein gutes Halbjahr.

Was unternimmt denn die grüne Fraktion dagegen?

Hofreiter: Der Streit für eine bessere und fair finanzierte Energiewende und der Kampf für digitale Bürgerrechte und Datenschutz – das waren im ersten Halbjahr unsere Schwerpunkte. Zwei sehr wichtige Felder, auf denen die Große Koalition richtig Mist baut. Die Energiewende sollte schneller vorangetrieben werden, vor allem aus Klimaschutzgründen. Nächstes Jahr ist die Klimaschutzkonferenz in Paris. Die USA und China bewegen sich und geben langsam ihre Blockade auf. Doch ausgerechnet jetzt steigen die Emissionen in Deutschland und die Große Koalition bremst die Energiewende. Damit würgt sie auch die vielen Bürgergenossenschaften ab, die den Energiemarkt endlich aufmischen und die Dominanz der vier großen Konzerne beendet haben.

Göring-Eckardt: Wo es nötig ist, machen wir Lärm, etwa beim Schutz der Privatsphäre im Netz und bei der Datensicherheit für Unternehmen. Von Union, SPD und Linkspartei ist da nichts zu erwarten. Deswegen konzentriert unsere Fraktion derzeit sehr viel Energie darauf, aufzuklären und die Regierung zu zwingen, Farbe zu bekennen.

Seid ihr zufrieden mit der Arbeit der Fraktion?

Göring-Eckardt: Nach dem letzten Bundestagswahlergebnis waren wir schon etwas verkaterter. Und Opposition gegen die Große Koalition ist anders als gegen Schwarz-Gelb, bei relativ knappen Mehrheiten. Man kann nicht jeden Abend in den Nachrichten der eigenen Empörung Luft machen. Das verändert sicher die Wahrnehmung von Oppositionsarbeit. Aber wir haben hoch motivierte Abgeordnete, Junge wie Altgediente, die haben ganze Koffer voller Ideen, aus denen Konzepte werden und die wir zur rechten Zeit rausholen. Und wir können Druck machen, im Parlament, aber auch im Bundesrat. Auf diesem Weg versuchen wir gerade zu verhindern, dass Menschen vom Westbalkan zukünftig ohne Einzelfallprüfung abgeschoben werden können, wie Union und SPD es vorsehen.

Hofreiter: Stellenweise war der Eindruck entstanden, wir Grüne müssten uns irgendwie komplett neu erfinden, alles ganz anders machen. Doch im Europawahlkampf haben die Leute sehr wohl verstanden: Wir sind die Partei für Klimaschutz, für ein demokratisches und humanes Europa, gegen staatliche Überwachung und gegen eine Globalisierung, die nur den Konzernen dient! Das hat uns durchaus im Glauben an uns selbst bestärkt.



Foto: St. Kaminski

Göring-Eckardt: Wir haben mit unseren Themen im Bundestag auch den Grünen im Europawahlkampf Auftrieb verschafft. Ganz zentral waren der Klimaschutz, unsere Kritik an dem undemokratischen Freihandelsabkommen TTIP zwischen EU und USA, das soziale und ökologische Schutzregeln auszuhebeln droht, und eine humanere Flüchtlingspolitik. Aus dem ordentlichen Abschneiden der Grünen bei der Europawahl sollten wir Selbstbewusstsein und Geduld ziehen. Beides brauchen wir, um Konzepte zu erarbeiten, mit denen wir 2017 erfolgreich sein können. Im Hinblick darauf ist Opposition mit Substanz deutlich wichtiger als die schnelle Quote in den Abendnachrichten.

In den letzten Monaten gab es durchaus auch Kritik am Erscheinungsbild der Bundestagsfraktion. Man sagt, ihr würdet nicht genug durchdringen.

Hofreiter: Man darf nicht vergessen, dass Partei und Fraktion nach der letzten Bundestagswahl ziemlich verunsichert waren. Wir können sicher noch besser werden. Es wäre ja auch komisch, wenn wir jetzt schon da wären, wo wir 2017 hinwollen. Aber ja, wir müssen an der Unterscheidbarkeit, an unserem Profil arbeiten. Gerade nach acht Jahren in der Opposition ist die Gefahr groß, dass man etwas selbstzufrieden wird und glaubt, alles schon zu Ende diskutiert zu haben. Die Auseinandersetzung um TTIP war ein guter Anfang. Wir wollen die Fraktion weiter für Diskussionen und Ideen öffnen, uns Fragen neu stellen: nach dem Stellenwert der Freiheit für die Grünen, nach dem Verhältnis zum Big-Business, nach Wegen aus dem Wachstumszwang und einer zu materialistischen Fixierung unserer Gesellschaft.

Göring-Eckardt: Im Bundestag sind wir die Opposition und das müssen die Menschen mitbekommen. Uns traut man als einzigen zu, eine echte Alternative zur Großen Koalition zu formulieren. Wir sind fest entschlossen, das einzulösen.

Die Deutschen scheinen ja immer noch zufrieden zu sein mit dieser Konsens-Koalition. Welche Akzente wollt ihr denn setzen?

Göring-Eckardt: Nach vier Jahren Schwarz-Gelb ist das einerseits nicht verwunderlich. Viele Menschen wollen Sicherheit. Spätestens 2017 wird es heißen: Wie kommen wir aus dem Stillstand raus und wer hat vernünftige Vorschläge, wie Deutschland nach vorne kommen könnte? Wir werden klare Linien Richtung 2017 ziehen, in der Ökologie, bei den Freiheitsrechten und einer gerechten Gesellschaft, die sich den Schwächsten zuwendet und nicht zuerst der eigenen Klientel.

Wollt ihr das mit oder gegen die Wirtschaft machen?

Hofreiter: Entschuldigung, aber das ist eine saublöde Frage. Denn wer die Frage so stellt, als ob wir FÜR oder GEGEN die sogenannte Wirtschaft stehen müssten, der hat noch nicht gemerkt: „Die Wirtschaft“, die gibt es gar nicht! Es gibt Tausende ganz unterschiedliche Unternehmen und die haben ganz unterschiedliche Interessen! Sehr viele machen ökologisch sinnvolle Sachen, selbstverständlich brauchen wir die! Es gibt natürlich auch Unternehmen und bestimmte Wirtschaftsverbände, die sich wehren gegen ökologische Reformpolitik, gegen Umweltstandards und Auflagen. Und es gibt das Problem, dass gerade die sehr großen Konzerne enorme Macht haben, Regeln und Gesetze ihren Vorstellungen gemäß zu gestalten. Das haben wir bei den EEG-Ausnahmen einmal mehr erlebt – mit Sigmar Gabriel in der Rolle des Genossen der Bosse. So eine Politik gibt es mit uns Grünen nicht. Wir wollen Unternehmen weder in den Bankrott treiben noch ins Ausland. Aber alle müssen sich darauf einstellen, dass es planetarische Grenzen des Umweltverbrauches gibt. Dafür muss die Politik sorgen. Ich will nur mal ein Beispiel nennen: Viele Unternehmen produzieren so, dass die Produkte in absehbarer Zeit kaputtgehen. Man nennt das „geplante Obsoleszenz“. Auf Deutsch: „Übermorgen Schrott!“ Dadurch werden Unmengen von Ressourcen und Energie verschwendet, so kann das nicht weitergehen. Sonst heißt es irgendwann: Planet kaputt! Neuer nicht lieferbar!

Göring-Eckardt: Der Punkt ist, es muss sich mehr und schneller was ändern. Aber es ist doch klar, dass es nur im Dialog mit der Wirtschaft geht. Wie kann man den Umbau in der Chemieindustrie hinbekommen, was kann der Maschinenbau beitragen, wo stehen wir beim Elektroauto? Müssen wir den Maßnahmenkatalog, den wir Grüne bisher entwickelt haben, überdenken? Wo gibt es Konflikte, die sich nicht ausräumen lassen? Wir treten mit einem sehr ehrgeizigen Anspruch an. Unsere Ideen müssen umsetzbar sein: Sie müssen antreiben, sie müssen aber auch funktionieren. Was wir mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz geschafft haben, das müssen wir auch für andere Wirtschaftszweige erreichen. So, dass wir in 20 oder 30 Jahren eine wirklich nachhaltige Chemie haben, einen wirklich nachhaltigen Verkehr. Natürlich gibt es viele Unternehmer, verantwortungsvolle Banker, viele Leute im Mittelstand und im Handwerk, die das alles genauso sehen wie wir. Auf die müssen wir zugehen, die müssen wir gewinnen.

Aber die Energiewende ist auf dem Weg, die alten Kämpfe um die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie sind vorbei. Haben die Grünen sich nicht zu Tode gesiegt?

Hofreiter: Schmarrn. Natürlich haben wir viel erreicht. Und ja, so mancher Schützengraben ist mittlerweile verlassen. Aber wenn wir es ernst damit meinen, nachhaltig zu leben, dann haben wir noch einen sehr langen Weg vor uns. In Deutschland mag die Luft reiner, das Wasser sauberer und der Wald gesünder sein. Doch wir rasen mit hohem Tempo auf die planetarischen Grenzen zu. Nehmen wir mal die Landwirtschaft. Da liegt verdammt viel im Argen. Nur knapp über sechs Prozent unserer Flächen werden ökologisch bewirtschaftet. Die Massentierhaltung ist ein ökologischer und ein moralischer Skandal, die heizt den Klimawandel gewaltig an. Der Antibiotika-Missbrauch in den Großställen bedroht die menschliche Gesundheit massiv. Die Weltgesundheitsorganisation WHO warnt schon vor einer neuen Ära tödlicher Infektionen wegen resistenter Keime. Und wir verfüttern Soja-Futter, für das anderswo Regenwälder gerodet und riesige Flächen verbraucht werden. Massenweise Billigfleisch, das ist auf Dauer nicht mehr machbar.

Auweia, die nächste Veggie-Day-Debatte. Wollt ihr schon wieder Ärger?

Göring-Eckardt: Ich bin Thüringerin. Ich mag Bratwurst, aber aus anständigem Fleisch. Und ich will Wahlfreiheit. Immer mehr Leute haben genug von der Art und Weise, wie unsere Nahrungsmittel produziert werden. Immer mehr Menschen werden krank, vertragen bestimmte Zusatzstoffe nicht oder leiden unter Allergien. Gesunde Ernährung, humane Tierhaltung, vorsorgliche Bewirtschaftung unserer Böden, Klimaschutz, Landschaftsschutz, das sind die Themen, um die es geht. Niemand außer uns kümmert sich darum. Die Argumente sind auf unserer Seite. Und immer mehr Bäuerinnen und Bauern, Medizinerinnen und Mediziner, Eltern, Köchinnen und Köche auch.

Grüne wollen also immer noch alles umkrempeln. Anderer Verkehr, andere Stromversorgung, anderes Essen. Seid Ihr doch die Oberlehrer der Nation?

Göring-Eckardt: Ich wollte tatsächlich mal Lehrerin werden! Im Ernst: Ich setze aufs Argumentieren, das ist erfolgreicher als Bevormunden.

Hofreiter: Wir werben für Mehrheiten. Mehrheiten für demokratische Regeln für Konzerne, Großbauern, Banken und Autobauer – gegen eine Bevormundung durch Big Business. Für demokratische Freiheit.

Klingt gut. Aber nehmt ihr dabei auch die Leute mit, die vielleicht nicht zur grünen Stammwählerschaft zählen?

Göring-Eckardt: Also wenn die Menschen den ökologischen Umbau als Einschränkung ihrer Freiheit empfinden, kann uns das nicht gleichgültig lassen. Gerade als Partei der Freiheit, der Emanzipation und der Selbstbestimmung, die wir ja auch sind. Das ist mir persönlich sehr wichtig. Schließlich haben wir Bündnis 90 damals gegründet, nachdem wir zuvor gegen eine Diktatur und für die Freiheit gekämpft haben. Grenzenlose Freiheit und ökologische Verantwortung können aber in Konflikt geraten. Das müssen wir benennen und diskutieren. Im September veranstaltet die Bundestagsfraktion einen großen Kongress, der sich dem Thema Freiheit ganz umfassend widmet. Unsere Zeit hat ja viele Bedrohungen hervorgebracht: von der allgemeinen Überwachung durch die Geheimdienste und Big Data über die Gefahren einer Postdemokratie, in der Lobbyisten die Politik bestimmen, bis hin zur Einschränkung von Freiheit durch wirtschaftliche Not.

Demokratie, Nachhaltigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung. Von den grünen Grundwerten fehlt nur noch die Gerechtigkeit. Habt ihr die aufgegeben nach der Wahlkampfverfälschung mit der Steuerpolitik?

Hofreiter: Keineswegs. Mich treibt schon aufgrund meiner eigenen Biografie sehr um, ob unsere Gesellschaft wieder so weit ist, dass Armut und Reichtum vererbt werden, ob sozialer Aufstieg noch möglich ist. Ich bin ja gelernter Biologe, aber trotzdem weiß ich: Ökologie ohne Gerechtigkeit, das geht überhaupt nicht. In Südamerika habe ich selbst erlebt, was eine tiefe Kluft zwischen Arm und Reich anrichtet, wie sehr das eine Gesellschaft blockiert. Zu Beginn des Jahres hat der französische Ökonom Thomas Piketty mit einem Buch über das Kapital im 21. Jahrhundert für Wirbel gesorgt. Wenn man politisch nicht gegensteuert, so seine These, dann tendiert der Kapitalismus wegen hoher Renditen bei mäßigem Wachstum dazu, die Reichen immer reicher zu machen, während der Rest zurückbleibt. Das hat Piketty empirisch für eine Reihe von Gesellschaften über mehrere Jahrhunderte nachgewiesen. Heute ist diese Tendenz weltweit wieder sehr gut zu besichtigen und das ist nicht gut für das soziale Klima und die Demokratie in unseren Gesellschaften.

Noch einmal die Frage: Muss es Korrekturen an den grünen Steuerplänen geben?

Hofreiter: Wir bleiben an diesem Thema dran. Die grünen Steuerpläne sind nun schon ein paar Jahre alt. Nicht alles ist im Wahlkampf super gelaufen, aber es war auch nicht



alles falsch. Wir haben nun einen Zeitplan verabredet und werden unsere Modelle in den einzelnen Steuerarten Stück für Stück überarbeiten.

Göring-Eckardt: Unsere Pläne haben wohl gerade in der Mittelschicht viele Leute getroffen und verunsichert, darauf haben wir zu wenig geachtet. Piketty sagt ja, dass die Mittelschichten in den westlichen Gesellschaften eher zu stark belastet sind, während Vermögen und Kapital der Besteuerung sehr gut ausweichen können. Das müssen wir ändern. Ich denke, in diese Richtung werden wir unsere Steuerpolitik noch einmal an die Zeit anpassen. Sehr hohe private Vermögen und hohe Kapitalerträge sollten mehr beitragen zur Finanzierung unseres Gemeinwesens. Wir müssen aber aufpassen, dass wir auch die Richtigen treffen.

Euch wird gelegentlich vorgeworfen, ihr wüsstet nicht, wohin die Reise mit den Grünen gehen soll. Was sagt ihr denn dazu?

Göring-Eckardt: Manche Beobachter müssen sich sicherlich noch umstellen, was den Sound angeht. Der ist eben nicht mehr vorrangig durch die alten Kämpfe der westdeutschen Grünen geprägt. Aber das wäre auch nicht mehr zeitgemäß. Dass uns Grünen die Themen weggenommen würden, ist eine Mär mit einem endlos langen Bart. Spannender finde ich, im Sinne einer kritischen Frage an uns selbst, mit welchen Kernprojekten wir nach 2017 marschieren. Das jetzt als Fraktionsvorsitzende aufzubauen und zu verantworten ist eine super Aufgabe und schöne Herausforderung.

Hofreiter: Im Zentrum steht unser Anliegen der ökologi-

schen Transformation. Daraus müssen wir wieder stärker unsere wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Vorstellungen herleiten. Mit dem Green New Deal war uns da eine ganz gute Synthese gelungen. Aber meistens zielt diese Frage ja doch darauf, mit wem wir 2017 an die Regierung wollen. Dazu kann ich nur sagen: Das ist viel zu früh! Wer weiß schon, wie sich CDU, CSU, AfD oder Linkspartei in der nächsten Zeit entwickeln. Jetzt kontrollieren wir erst einmal diese Regierung und stellen unsere ökologische und soziale Reformpolitik neu auf. Und führen Gespräche mit allen anderen Parteien im Deutschen Bundestag. Im Moment sehe ich da allerdings vor allem politische Konkurrenten.

Und was macht ihr in der Sommerpause?

Göring-Eckardt: Urlaub, etwas mehr als letztes Jahr. Aber dann grüßt auch schon wieder das Murmeltier: Sommerwahlkampf, diesmal in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Dreimal Spannung pur für uns Grüne, schließlich haben wir einen Titel zu verteidigen, nämlich in allen 16 Landesparlamenten vertreten zu sein. Und ich freue mich total darauf, unterwegs zu sein, das auch noch in der Heimat. Fast habe ich den Wahlkampf schon vermisst ...

Hofreiter: Erst mal eine Tour durch das wunderschöne Bayern, danach möchte ich zusammen mit unseren Wirtschafts- und Umweltministern in den Ländern ein paar Unternehmen besuchen – diese Gespräche bringen mir oft viel mehr als diese ganzen Treffen im politischen Berlin. Und dann noch mal etwas Durchschnaufen, das erste halbe Jahr als Vorsitzender war doch ziemlich munter.

Hier berichten wir über unsere parlamentarische Arbeit in den Arbeitskreisen. Weitere Informationen und Themen bietet unsere Website » gruene-bundestag.de » Themen. In der Rubrik » Parlament » Initiativen finden Sie unsere aktuellen Bundestagsdrucksachen.

» KOHLEKRAFTWERKE UND QUECKSILBER

Unsere Studie „Quecksilberemissionen aus Kohlekraftwerken“ zeigt, dass diese nicht nur klimaschädlich sind, sondern auch Unmengen Quecksilber ausstoßen. Allein acht Braunkohlekraftwerke sind für 40 Prozent der jährlichen Emissionen an Quecksilber in Deutschland verantwortlich. Die USA haben die Risiken erkannt und strenge Grenzwerte erlassen. Die Bundesregierung will diese Grenzwerte nicht übernehmen. Denn dann müssten 50 Kohlekraftwerke vom Netz, solange ihre Abgasreinigung nicht angepasst oder quecksilberarme Kohle eingesetzt wird. Wir fordern, die strengeren US-Grenzwerte auch in Deutschland einzuführen. Denn nur sie leisten einen wirklichen Beitrag zum Schutz vor Quecksilbervergiftung. Gesundheitsvorsorge und volkswirtschaftliche Folgekosten der Vergiftungen gebieten es genauso wie der Klimaschutz, dass Deutschland stärker auf Erneuerbare und Effizienz setzt! Die Studie finden Sie unter:

» gruene-bundestag.de/energiewende

» MIKROPLASTIK – DIE UNTERSCHÄTZTE GEFAHR

Kleine Kügelchen aus Kunststoffen werden seit einigen Jahren Kosmetika wie Peelings, Duschgels und Zahnpasten beigemischt. Nach Gebrauch landen sie über das Abwasser in unserer Umwelt. Forscher haben Mikroplastik in vielen Meereslebewesen entdeckt sowie im Trinkwasser und in Lebensmitteln wie Honig oder Bier. Zu den Gefahren von Mikroplastik für Mensch und Umwelt haben wir im Mai eine Fachveranstaltung durchgeführt.



» UNTERSUCHUNG GEHEIMDIENSTAFFÄRE

Der Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Massenüberwachung durch Geheimdienste hat im Mai seine Beweisaufnahme mit Sachverständigenanhörungen begonnen.

Erstaunlich ist, dass es nur sehr wenige verlässliche Informationen gibt. Das Umweltministerium selbst hat keine Zahlen zu Mengen von Mikroplastik, die in Kosmetika verwendet werden, oder wie viel davon in unserer Umwelt landet. Bekannt ist: Plastik wird in der Umwelt nicht abgebaut. Also müssen wir zusätzliche Einträge verhindern. Daher fordern wir: In Kosmetika und Reinigungsmitteln auf natürliche Alternativen zu setzen – Plastik hat in Tuben und Cremes nichts verloren.

» KLIMASCHUTZGESETZ JETZT!

Der Weltklimarat IPCC warnt in seinem neusten Bericht eindringlicher denn je vor den Folgen des weiter voranschreitenden Klimawandels. Um die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen, müssen jetzt rigoros Treibhausgasemissionen reduziert und damit die Energieversorgung von Grund auf geändert werden. Diese Emissionsminderungen müssen dringend vor 2030 beginnen. Doch statt erneuerbare Energien weiter konsequent auszubauen, macht die Große Koalition aus dem erfolgreichen Erneuerbare-Energien-Gesetz ein Bestandsschutzgesetz für die klimaschädliche Kohle. Dagegen setzen wir unseren Entwurf für ein nationales Klimaschutzgesetz. Zugleich macht unsere landesweite Klimatour deutlich, worauf es jetzt wirklich ankommt. Im Rahmen der Tour zeigen wir den preisgekrönten Film „Chasing Ice“, der in einprägsamen Bildern den zunehmenden Gletscherschwund dokumentiert. Anschließend diskutieren wir mit Fachleuten vor Ort unsere grünen Maßnahmen zum Klimaschutz. Weitere Infos finden Sie dazu: » gruene-bundestag.de/klimatour



Foto: Redaktion

FRAGEN ZU UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT & VERKEHR? ak2@gruene-bundestag.de

Im Juli sollen die ersten Zeugen vernommen werden. Die Regierungskoalition will allerdings mit allen Mitteln verhindern, dass Edward Snowden frei in Deutschland als Zeuge vor dem Ausschuss aussagen kann. Die Bundesregierung verzögert selbst die Vorlage angeforderter

Akten mit fadenscheinigen Argumenten: Der Umfang sei so groß.

Aber wir lassen nicht locker, denn es gibt jede Menge aufzuklären: wie der US-amerikanische Geheimdienst NSA und das britische Pendant GCHQ die digitale Kommunikation weltweit anlasslos überwacht und ausgewertet haben und auf welche Weise Deutschland beziehungsweise deutsche Staatsangehörige betroffen sind. Genauso wollen wir untersuchen, wie deutsche Dienste an derartigen Überwachungsmaßnahmen beteiligt oder auch Nutznießer waren. Und wir wollen klären, was die Bundesregierung von alldem wusste und unternahm, um ihre Schutzpflichten gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen.

Im Zusammenhang mit dem sogenannten Geheimen Krieg gegen den Terror wollen wir wissen, ob deutsche Stellen Kenntnis von Maßnahmen wie gezielten Tötungen durch Drohnen von deutschem Staatsgebiet aus hatten oder sie duldeten. Auch rechtspolitische Konsequenzen für die Arbeit der Geheimdienste,

insbesondere für den Bundesnachrichtendienst stehen an.

» CSD 2014

Es ist CSD-Saison. Seit über 30 Jahren kämpfen wir Grüne im Bundestag für gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung von Lesben, Schwulen, Transgender und intersexuellen Menschen. Wir können stolz sein, dass wir eine Menge erreicht haben. Viele Forderungen sind allerdings leider weiter aktuell. Im Mai sprach die Koalition Lesben und Schwulen erneut das volle Adoptionsrecht ab. Den Diskriminierungskurs der schwarz-gelben Regierung setzt die Union nun mit der SPD fort. Nur wenige Koalitionsabgeordnete wagten es, für unseren Antrag auf vollständige Gleichstellung zu stimmen. Auch im Steuerrecht beharrt die Regierung auf verfassungswidriger Benachteiligung von Lebenspartnerschaften. Wir meinen dagegen: Die bürgerrechtliche Antwort auf die neue Welle von Homophobie muss vollständige Gleichstellung durch Öffnung der Ehe



Foto: picture alliance

heißen. Denn wer weiter staatlich diskriminiert, befeuert Vorurteile.

Vor 20 Jahren, am 11. Juni 1994, wurde mit der Streichung von Paragraph 175 die strafrechtliche Diskriminierung Homosexueller endgültig beendet. Es ist ein Skandal, dass in Deutschland aber weiterhin Männer mit dem Stigma leben müssen, verurteilte Straftäter zu sein, nur weil sie schwul sind. Daher fordern wir eine Entschädigung der Opfer und die Aufhebung der menschenrechtswidrigen Urteile nach Paragraph 175 und dessen zeitweiligem DDR-Pendant, Paragraph 151.

FRAGEN ZU BÜRGERRECHTEN & DEMOKRATIE, RECHTS- & GESELLSCHAFTSPOLITIK?

ak3@gruene-bundestag.de

» TRANSPARENTE RÜSTUNGSEXPORTE

In Kürze wird das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zur Klage der Abgeordneten Roth, Keul und Ströbele eine Stellungnahme zur fehlenden Transparenz in Rüstungsexportfragen abgeben. Durch die Klagen der grünen Abgeordneten ist die Große Koalition bereits im Vorfeld mächtig unter Druck geraten. Kurz vor der mündlichen Verhandlung hat die Regierung angekündigt, dass sie künftig den Bundestag früher über abschließend genehmigte Exporte unterrichten und den jährlichen Rüstungsexportbericht vor der Sommerpause vorlegen will. Das reicht uns nicht aus. Der Bundestag muss bei schwerwiegenden Exportentscheidungen vor einer endgültigen Entscheidung konsultiert werden. Geheime Vorbescheide darf es nicht geben. Außerdem fordern wir, die politischen Richtlinien für den Rüstungsexport gesetzlich verbindlich zu machen.

Der Rüstungsexportbericht der Großen Koalition zeigt, dass weiterhin wichtige Fakten – zum Beispiel die tatsächlichen Ausfuhren, Dual-Use-Güter oder abgelehnte Bescheide – fehlen. Die Ausfuhrgenehmigungen an Staaten außerhalb der EU und NATO liegen bei skandalösen 62 Prozent. Dass Länder wie Algerien, Katar, Saudi-Arabien und Indonesien heute Hauptabnehmer deutscher Rüstungsgüter sind, zeigt, wie lax die Bundesregierung die Exportrichtlinien auslegt. Auch bei Kleinwaffen war die Regierung Merkel wenig zimperlich. 2013 belief sich der Wert der Genehmigungen in Nicht-EU/NATO-Staaten auf 42 Millionen Euro. Das zeigt: Es geht der Regierung nicht um eine restriktive Exportpraxis. Sie rüstet sehenden Auges autoritäre Staaten und gefährdete Krisenregionen auf. Einen Kurswechsel können wir noch nicht erkennen.

» PARTNERSCHAFT AUF AUGENHÖHE?

Am 21. Mai beschloss die Bundesregierung neue Leitlinien zur Politik Deutschlands gegenüber dem „Chancenkontinent Afrika“. Im Zentrum soll eine „werte- und menschenrechtsbasierte [...] Zusammenarbeit [...] auf Augenhöhe“ stehen. Die Bundesregierung hebt vor allem die wirtschaftliche Relevanz Afrikas im Bezug auf die EU und Deutschland hervor. Ziel sei ein „ganzheitlicher und vernetzter Ansatz“, der einen Beitrag zu Stabilität und Eigenverantwortung leiste.

Nachdem Minister Müller im März das Afrika-Konzept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgelegt hatte, war klar, dass die Große Koalition in der Afrikapolitik nicht an einem Strang zieht. Eine kohärente, ressortübergreifende Afrikapolitik ist nicht erkennbar. Wir Grüne im Bundestag kritisieren die nur zaghafte Abkehr von schwarz-gelben, marktliberalen Handlungsmotiven. Wir fordern mehr regionale Differen-

zierung sowie Einbeziehung der Zivilbevölkerung. Durch die Worthülsen der Bundesregierung erhält die Afrikapolitik zwar einen neuen Anstrich, präsentiert allerdings nicht glaubhaft eine gemeinsame (Entwicklungs-)Politik, die tatsächlich auf Augenhöhe stattfindet.

Statt, wie Merkel, immer mehr auf eine militärische „Ertüchtigung“ zu setzen, fordern wir dringend zusätzliche Mittel für die zivile Krisenprävention. Deutschland und die EU müssen sich endlich für eine humane Migrationspolitik einsetzen, anstatt die Rückführung von Flüchtlingen voranzutreiben. Und die derzeitige EU-Handelspolitik gegenüber den afrikanischen Staaten muss gestoppt werden, damit tatsächlich Werte und Menschenrechte im Fokus der Zusammenarbeit stehen können.

FRAGEN ZU INTERNATIONALER POLITIK & MENSCHENRECHTEN?

ak4@gruene-bundestag.de

» NICHT GERECHT VERTEILT

Union und SPD haben mit ihren im Juni beschlossenen Änderungen bei der Gesetzlichen Krankenversicherung die grundlegenden Gerechtigkeitsdefizite des deutschen Krankenversicherungssystems gefestigt. Die Stärksten in der Gesellschaft müssen sich weiterhin nicht an der solidarischen Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligen. Auch die überkommene Zweiteilung des Marktes in gesetzliche und private Krankenversicherung bleibt bestehen. Von der auch von der SPD versprochenen Bürgerversicherung sind wir weiter entfernt denn je. Stattdessen hat die Große Koalition beschlossen, dass künftige Kostensteigerungen im Gesundheitswesen durch Zusatzbeiträge allein von den Versicherten getragen werden. Der Sozialausgleich, der Menschen mit geringen Einkommen bislang vor allzu hohen Zusatzbeiträgen schützen sollte, wird abgeschafft.

Positiv ist hingegen die größere Qualitätstransparenz in der Versorgung. Allerdings bleibt der ambulante Bereich davon ausgespart. Und die Patientenorganisationen werden nur unzureichend in das neue Qualitätsinstitut einbezogen. Die wegen der steigenden Haftpflichtversicherungen in letzter Minute ins Gesetz geschriebene bessere Finanzierung von Hebammen hat uns ebenfalls nicht überzeugt. Denn auch andere Berufsgruppen sind inzwischen von dem Haftpflichtproblem betroffen. Um Wahlfreiheit für Eltern und eine gute geburtshilfliche Versorgung zu erhalten, ist daher eine grundlegende Reform nötig.

» DAS MILLIARDEN-PAKET

Union und SPD kündigen seit ihrer Regierungsübernahme an, dass sie ganz viel für Bildung und Forschung tun wollen. Allerdings ist von Beginn an klar gewesen, dass

sie nicht genug Geld dafür zur Verfügung stellen werden. Die sechs Milliarden Euro für Kitas, Schulen und Hochschulen reichen genauso wenig aus, um wirklich etwas zum Besseren zu wenden, wie die drei Milliarden für die Wissenschaft und Forschung.

Die Anfang Mai veröffentlichte Einigung enttäuschte noch mehr: Die verheerende Grundgesetz-Änderung der letzten GroKo von 2006 wird nicht korrigiert. Das Kooperationsverbot in der Bildung soll bleiben. Es wird also kein neues Ganztagschulprogramm des Bundes geben. Im Wissenschaftsbereich wollen Union und SPD zwar angeblich beide eine Bundesbeteiligung, streiten aber noch darüber, wie genau die aussehen soll.

Nur zwei Dinge wurden vereinbart: Die Kita-Sondermittel werden um 550 Millionen Euro aufgestockt und der Bund zahlt ab 2015 das BAföG allein. Eine umfassende Verbesserung der Betreuungsqualität in allen

» ACHTFÜNFZIG, ABER RICHTIG!

Hinter dem sperrigen „Tarifautonomiestärkungsgesetz“, das Anfang Juli im Bundestag beschlossen werden soll, verbergen sich eine Reihe von Maßnahmen, die der Erosion des Tarifvertragssystems entgegenwirken sollen.

Im Mittelpunkt steht die längst überfällige Einführung eines allgemeinen Mindestlohns. Nach jahrelangem Streit ist es so weit: Es geht nicht mehr um die Frage, ob ein Mindestlohn eingeführt werden soll, sondern es geht nur noch um das Wie. Das begrüßen wir sehr. Deutschland braucht dringend eine

Foto: Schuppich/fotolia



Leitplanke gegen Lohndumping. Der Wettbewerb zwischen Unternehmen darf nicht mehr auf dem Rücken von Niedriglohnbeschäftigten geführt werden. Bis zu fünf Millionen Menschen können von dem Mindestlohn profitieren, darunter besonders viele Frauen.

Die Bundesregierung plant nun einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde ab 2015. Allerdings soll es bis Ende 2016 möglich bleiben, diese allgemeine Lohnuntergrenze per Tarifvertrag zu unterschreiten. Dass damit ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer, die sich organisiert und Tarifverträge erkämpft haben, schlechter gestellt werden als andere, sehen wir kritisch.

Zudem wird der allgemeine Mindestlohn nicht für alle Beschäftigten gelten. Bisher Langzeitarbeitslose, aber auch Jugendliche unter 18 sind ausgenommen. Solche pauschalen Ausnahmen sind unfair und können zu betrieblichen Umgehungsstrategien führen. Das wollen wir vermeiden. Darum lehnen wir ausufernde Ausnahmen für ganze Gruppen oder Branchen kategorisch ab.

Wichtig ist uns auch, dass das Mindestlohngesetz wissenschaftlich und unabhängig evaluiert wird, um mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen und korrigieren zu können. Für die Umsetzung des Mindestlohns ist zudem elementar, dass

eine wirksame Kontrolle stattfindet. Die dafür verantwortliche Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) braucht unbedingt mehr qualifiziertes Personal. Andernfalls ist der Mindestlohn nichts als ein Papiertiger.

Aus grüner Sicht gibt es am Gesetzentwurf also noch viel zu verbessern. Dennoch: Alles in allem ist es gut, dass es nun endlich zur Einführung eines Mindestlohnes kommt.

Mit dem Gesetz werden eine Reihe weiterer wichtiger Regelungen zur Stärkung des Tarifvertragssystems verabschiedet, die ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer künftig besser schützen. Branchentarifverträge sollen auch dann allgemeinverbindlich erklärt werden können, wenn ein öffentliches Interesse gegeben ist. Außerdem soll es künftig für alle Branchen einfacher möglich werden, spezifische Mindestlöhne oberhalb des allgemeinen Mindestlohns festzulegen. Diese Maßnahmen sollen dazu dienen, ein Abrutschen der Löhne und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu verhindern. Was die Bundesregierung an dieser Stelle aufgreift, sind grüne Forderungen aus der letzten Legislaturperiode und wird von uns sehr begrüßt.

FRAGEN ZU WIRTSCHAFT, FINANZEN & SOZIALEM?

ak1@gruene-bundestag.de

Foto: picture alliance



Kitas ist damit nicht möglich. Und der Bund wird zwar mehr Geld als bisher fürs BAföG ausgeben. Die Länder haben sich aber nicht verbindlich verpflichtet, dass ihre bisherigen BAföG-Mittel nun ab nächstem Jahr zusätzlich in Schulen und Hochschulen fließen. Es wird also auch öffentlichen Druck brauchen, damit die angesetzten 3,4 Mrd. Euro wirklich SchülerInnen sowie Studierenden zugutekommen und nicht einfach nur Haushaltslöcher stopfen.

FRAGEN ZU WISSEN, GENERATIONEN & GESUNDHEIT?

ak5@gruene-bundestag.de

MUTLU HEISST GLÜCKLICH

Seit über 20 Jahren kämpft Özcan Mutlu für gleiche Chancen in der Bildung. Der Kontakt zu den Menschen ist ihm dabei besonders wichtig.

Von Susanne Sporrer

„Morning!“, ruft Özcan Mutlu seinen Mitarbeitern gut gelaunt zu, holt sich einen Kaffee und lässt sich in seinem Büro auf das schwarze Sofa unter der Stadtansicht von Eskisehir sinken. „Ich muss erst mal wach werden, war spät gestern Abend“, sagt er, stützt sich mit beiden Ellbogen auf den Tisch und verrührt bedächtig zwei Stück braunen Zucker in seiner Tasse. Ein paar Minuten später ist sie leer, Özcan Mutlu munter und er beginnt zu erzählen – die Worte sprudeln nur so aus seinem Mund. Er war gerade in Istanbul, beim ersten Jahrestag der Proteste im Gezi-Park. Polizisten knüppelten friedliche Demonstranten nieder, auch dem Politiker brannte das Tränengas in den Augen. Mittendrin, nah bei den Menschen – das ist sein Platz. „Du musst den Leuten zuhören, sie müssen dich anfassen können“, ist er überzeugt, „wenn du den Kontakt verlierst, dann hast du was falsch gemacht.“

Diese Gefahr besteht bei dem 46-Jährigen nicht. In seinem Wahlkreis Berlin-Mitte kann man mit Mutlu kochen oder joggen oder einfach seine Probleme bei ihm loswerden. „Manchmal bin ich dann auch der Ehe- oder Schulberater“, sagt er und grinst. Oder der Entertainer – wie beim Tanz mit einer Besuchergruppe auf dem Reichstagsdach. Seit 22 Jahren macht Özcan Mutlu Politik – erst in Kreuzberg, dann im Berliner Abgeordnetenhaus und seit letztem Herbst im Bundestag für Berlin-Mitte. Viele Berliner und noch mehr Kreuzberger kennen ihn. „Wenn ich dort unterwegs bin, begrüßt mich jeder Zweite und jeder Dritte umarmt mich“, erzählt er nicht ohne Stolz.

Als er 1973 in Berlin-Kreuzberg ankam, war alles fremd. Der Fünfjährige staunte über die hohen Häuser und die vielen Autos – das kannte er nicht aus seinem türkischen Dorf. Doch auch ohne viel Deutsch zu sprechen verstand er sich mit den Kindern auf der Straße. Warum er dennoch in einer reinen Ausländerklasse landete, wunderte den Erstklässler. Dass er trotz guter Leistungen gegen seinen Willen auf die Hauptschule gehen sollte, machte den Jungen wütend. Und wenn Mutlu von den „rassistischen Profes-

soren“ an der Uni erzählt, wird die Furche zwischen seinen Augenbrauen noch tiefer. Aber Mutlu, dessen Name „glücklich“ bedeutet, hatte tatsächlich Glück. Engagierte Lehrer setzten sich für ihn ein. Er nutzte seine Chance und brachte es zum Diplom-Ingenieur der Nachrichtentechnik, während Freunde aus der Grundschule als Dealer endeten. „Bildung darf aber keine Frage des Glücks sein!“ Um für gleiche Chancen in der Bildung zu kämpfen, trat er – mit neuem deutschem Pass in der Tasche – 1990 den Grünen bei. Zu sehen, wie die Mauer am Ende seiner Kreuzberger Straße fiel, das hatte ihn ermutigt: „Ich dachte mir, du musst wie die Menschen in der DDR deine Stimme erheben, dann kannst du etwas ändern.“

Dass Veränderung in der Schule beginnen muss, war ihm von Anfang an klar. „Denn dort werden die Weichen für Integration gestellt.“ Erfolgreich setzte er sich für die Abschaffung der Berliner Hauptschulen ein und gehört zu den Gründern der ersten deutsch-türkischen Europaschule. Nur Migrationspolitik zu machen, darauf ließ sich der Gastarbeitersohn jedoch nie festlegen: „Ich halte nix von Stellvertreterpolitik.“ Bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist der Vater zweier Kinder im Bundestag. Außerdem ist er dort für Sportpolitik am Ball – nicht umsonst hat er sein Mandat auch mit gemeinschaftlichem Dauerlauf errungen. „Sport ist unheimlich wichtig, schließlich sind 30 Millionen Menschen bei uns in Vereinen aktiv“, sagt Mutlu, selbst aktives Vereinsmitglied. Sport bietet außerdem gute Ansatzpunkte, um grüne Ziele zu vertreten – zum Beispiel zu fragen, wie nachhaltig der Bau von Stadien oder sportliche Großevents sind. Auch um Probleme wie Korruption, Rassismus, Homophobie und andere Missstände ins Abseits zu verbannen. Mutlus Begeisterung für die Fußball-WM in Brasilien hält sich allerdings in Grenzen. Denn was dort zum Beispiel mit den Straßenkindern passiert, das könne man nicht einfach ausblenden. Er wird also, wie die ganze Fraktion, nicht nach Brasilien fahren. Die Spiele schaut er sich dennoch an, am liebsten natürlich in einem brasilianischen Lokal.



ÖZCAN MUTLU

seit 1990 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen
1992–1999 Bezirksverordneter in Kreuzberg
1999–2013 Bildungspolitischer Sprecher im Berliner Abgeordnetenhaus
seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags, Sprecher für Bildungs- und Sportpolitik

TERMINE

ZEITPOLITIK – VEREINBARKEIT – ARBEITSMARKT

Konferenz am 03.09. in Berlin
AK 5 Koordination, TEL 030/227 51783,
ak5@gruene-bundestag.de

TAG DER EIN- UND AUSBLICKE

am 07.09. in Berlin im Dt. Bundestag
Öffentlichkeitsarbeit,
TEL 030/227 56789,
oea@gruene-bundestag.de

FREIHEITSKONGRESS

am 19.09. in Berlin
Öffentlichkeitsarbeit,
TEL 030/227 56789, freiheitskongress@
gruene-bundestag.de

Termine: immer aktuell unter
gruene-bundestag.de » News »
Termine

ONLINE

Tagesaktuelle Informationen, die
neuesten Fraktionsbeschlüsse, Ini-
tiativen, Bundestagsreden, Videos
sowie politische Hintergründe finden
Sie auf » gruene-bundestag.de.
Neues und Wissenswertes liefern
unsere Newsletter.

Ihre Anregungen, Kommentare,
Ideen und Fragen können Sie uns
auch über die sozialen Netzwerke
schicken:

 Folgen Sie uns auf Twitter:
twitter.com/GrueneBundestag

 Werden Sie Fan bei Facebook:
[facebook.com » Bündnis 90/
Die Grünen Bundestagsfraktion](https://facebook.com/Buendnis90)

 Die Fraktion bei Google+:
google.com/+GrueneBundestag

 Der grüne Kanal bei YouTube:
youtube.com/gruene

 Unsere Fotos bei flickr:
flickr.com/gruene-bundestag

PUBLIKATIONEN

Eine Auswahl. Mehr unter:
gruene-bundestag.de » Publikatio-
nen

BROSCHÜREN

Genug gebaggert
Raus aus der Kohle!..... 18/011

FLYER

Digitale Bürgerrechte18/009
Total normal (Neuaufgabe).....18/013
Klimaschutz vor Ort
(Neuaufgabe).....18/015

Bestellungen an:
Bündnis 90/Die Grünen Bundestags-
fraktion, Versand, 11011 Berlin
oder per E-Mail:
versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der
Bundestagsfraktion. Sie erscheint
vier Mal im Jahr, das Abo kostet 7,50
Euro und kann unter oben stehender
Adresse bestellt werden.

